



## SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach

SPD-Fraktion, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach

Herrn Bürgermeister  
Klaus Orth  
Rathaus Bergisch Gladbach  
  
51465 Bergisch Gladbach



Konrad-Adenauer-Platz 1  
51465 Bergisch Gladbach  
Tel. u. Fax 02202-14 22 20  
spd-fraktion-gl@netcologne.de  
[www.spd-gl.de](http://www.spd-gl.de)

21. Mai 2007

### Antrag für die Ratssitzung am 19. Juni 2007

Sehr geehrter Herr Orth,

wir bitten Sie, den nachstehenden Antrag der SPD-Fraktion auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen:

Öffentliche Aufträge der Stadt Bergisch Gladbach dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die sich schriftlich verpflichten, ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Ausführung der Leistung mindestens nach dem am Ort der Leistungsausführung einschlägigen Lohn- und Gehaltstarif zum tarifvertraglich vorgesehenen Zeitpunkt zu bezahlen. Leistungen dürfen nur dann an Nachunternehmer weitergegeben werden, wenn sich diese ebenfalls gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber schriftlich verpflichten, ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mindestens nach dem am Ort der Leistungsausführung einschlägigen Lohn- und Gehaltstarif zum tarifvertraglich vorgesehenen Zeitpunkt zu bezahlen.

#### Begründung:

Die Investitionen von Steuergeldern unterliegen der besonderen Sorgfalt der öffentlichen Hand. Da öffentliche Mittel begrenzt sind, besteht das oberste Gebot darin, diese Gelder nur in qualitativ hochwertige Arbeit zu investieren. Aber Qualität hat ihren Preis. Für hochwertige Dienstleistungen und eine angemessene Entlohnung von Arbeit handeln Gewerkschaften und Arbeitgeber entsprechende Tarife aus. Die SPD-Fraktion bekennt sich ausdrücklich zur Tarifautonomie von Gewerkschaften und Arbeitgebern. Diese ausgehandelten Tarife werden allerdings zunehmend nicht mehr von allen Unternehmen akzeptiert und übernommen. Im Ergebnis führt dies dazu, dass bundesweit ca. 500.000 Menschen trotz voller Erwerbstätigkeit auf zusätzliche staatliche Hilfen angewiesen sind, um im Ergebnis vom Existenzminimum leben zu können. Deshalb spricht sich die SPD bundesweit für Mindestlöhne aus.

Aus diesen Gründen unterstützt die SPD-Fraktion Unternehmen, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Tarif bezahlen. Diese Unternehmen wollen wir stärken und Lohndumping einen Riegel vorschieben. Durch eine Tariftreueerklärung kann die öffentliche Hand dazu beitragen, dass dem zunehmenden Lohndumping und Schmutzkonzurrenz aktiv entgegen getreten wird. Die SPD-Fraktion fordert die Einführung und Umsetzung einer Tariftreue-Erklärung, wie sie beispielsweise in Berlin schon praktiziert wird. Öffentliche Aufträge werden dabei nur noch an Unternehmen vergeben, die nach Tarif bezahlen. Das ist gleichzeitig eine Maßnahme zur Qualitätssicherung.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Berliner Tariftreueerklärung als eindeutig verfassungskonform erklärt. Damit sind rechtliche Bedenken im Grundsatz ausgeräumt.

Mit freundlichen Grüßen



Klaus W. Waldschmidt  
(Fraktionsvorsitzender)



Dr. Peter Winzen  
(Sprecher der Fraktion  
im Vergabeausschuss)